

Ministerrat beschließt Position zur Sicherstellung der agrarischen Leistungen . . . . .	1
Kontroversen über den GAP-Reformfahrplan im EU-Parlament . . . . .	2
Schmiedtbauer: Brauchen starke EU-Forststrategie . . . . .	3
Milchmarkt: GlobalDairyTrade-Index legt um 1,7% zu . . . . .	3
Schweinepest: Drei neue Fälle in Westpolen nahe der Grenze zu Deutschland . . . . .	4
Mößler: Heimisches Holz ist mehr wert, als derzeit dafür bezahlt wird . . . . .	6
TU München: Passgenaues Düngen durch Sensoren und Algorithmen . . . . .	7
RWA und AgrarCommander gehen Innovationspartnerschaft ein . . . . .	7
Russland: Patruschew bleibt Landwirtschaftsminister . . . . .	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



## **Ministerrat beschließt Position zur Sicherstellung der agrarischen Leistungen**

**Köstinger: Erhalt der bisherigen GAP-Mittel ist zentrales Anliegen**

Wien, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - Der österreichische Ministerrat hat heute einen von Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** eingebrachten Bericht zum Thema "Sicherstellung der vielfältigen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft als Garant für einen vitalen und vielfältigen ländlichen Raum" beschlossen. Damit bekennt sich die Bundesregierung zur großen Bedeutung des heimischen Agrarsektors und der bäuerlichen Familienbetriebe. Sie setzt sich für den Erhalt einer multifunktionalen, nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und flächendeckenden Landwirtschaft sowie für einen hohen Selbstversorgungsgrad ein. "Die Bäuerinnen und Bauern brauchen ein faires, existenzsicherndes Einkommen sowie angemessene Preise für ihre hochwertigen Produkte. Zentrales Anliegen ist daher nicht nur die Sicherstellung der bisherigen GAP-Mittel für Österreich im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 der EU, sondern auch der Ausgleich mit nationalen Mitteln im Fall von Kürzungen", heißt es in dem Bericht. Weiters wird betont, dass Österreich seine Position als EU-Bioland Nummer eins halten und ausbauen soll. \* \* \* \*

Mit der Verabschiedung des von Köstinger eingebrachten Ministerratsvortrages legt die Bundesregierung ihre Position zur heimischen Land- und Forstwirtschaft klar fest. In dem Bericht wird eingangs festgestellt, dass der heimische Agrarsektor mit einem Produktionswert von 9,8 Mrd. Euro im Jahr 2018 ein bedeutender Wirtschaftszweig ist, der auch die Grundlage für die vielfältigen Wirtschaftsaktivitäten im ländlichen Raum darstellt sowie wichtige Leistungen für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft erbringt. Die Versorgungsleistung der österreichischen Bäuerinnen und Bauern mit Nahrungsmitteln verzeichnet seit Jahren einen steigenden Trend.

### **Landwirtschaft vom Klimawandel zunehmend betroffen**

"Die heimische landwirtschaftliche Produktion ist auf höchste Qualität ausgerichtet", wird weiters betont. Österreich zähle im internationalen Vergleich zu jenen Ländern mit den höchsten Tierschutz- und Lebensmittelstandards. Die Bäuerinnen und Bauern seien aber auch direkt vom Klimawandel und von Wetterextremen betroffen, sie hätten besonders mit Preisschwankungen, Naturkatastrophen, Schädlingsbefall und Krankheiten zu kämpfen. Gleichzeitig werde von ihnen erwartet, einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der gesetzten Klimaziele zu liefern. Deshalb sei es "umso wichtiger, dass geeignete Instrumente zur Verfügung stehen, um den Betrieben, insbesondere in Krisenzeiten, ein sicheres Einkommen zu gewährleisten", wird in dem Bericht von Köstinger betont.

### **Bei Kürzung von GAP-Mitteln nationaler Ausgleich erforderlich**

"Nur eine ausreichend dotierte Gemeinsame Agrarpolitik kann die geeigneten Rahmenbedingungen für eine nachhaltige sowie umweltgerechte Bewirtschaftung schaffen und gleichzeitig auch in Zukunft eine flächendeckende Landwirtschaft gewährleisten. Daher ist nicht nur die Sicherstellung dieser GAP-Mittel für Österreich im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 der EU, sondern im Fall von Kürzungen der EU-Gelder auch der Ausgleich mit nationalen Mitteln entscheidend", wird im Ministerratsvortrag festgestellt.

Treffen würden solche Kürzungen nämlich vor allem auch das Programm für ländliche Entwicklung. Dieses habe gerade in Österreich eine große Bedeutung, weil es das Agrarumweltprogramm ÖPUL (einschließlich der Maßnahme "Biologische Wirtschaftsweise"), die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sowie Förderungen für Investitionen, Verarbeitung und Vermarktung, Bildung und Beratung beinhalte.

### **Biolandbau braucht praxisnahe Regelungen**

"Die biologische Landwirtschaft soll in Zukunft durch schwerpunktmäßige Maßnahmen auch weiterhin gefördert werden. Zentraler Bezugspunkt sind dabei Maßnahmen im Einklang mit der europäischen Rechtsprechung", wird betont. Daher würden derzeit Schritte gesetzt, um den österreichischen Biosektor fit für die neue EU-Bioverordnung zu machen, welche ab 2021 in Kraft treten werde. Aus österreichischer Sicht brauche es auch im Biolandbau "praxisnahe Lösungen mit Hausverstand für unsere Bäuerinnen und Bauern". (Schluss) kam

## **Kontroversen über den GAP-Reformfahrplan im EU-Parlament**

### **Streitthema Obergrenze**

Brüssel, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - Sowohl die Initiative zum Klimaschutz (Green Deal) als auch die Reform der EU-Agrarpolitik standen auf der Tagesordnung im Agrarausschuss des Europaparlaments. Die deutsche Europaabgeordnete **Ulrike Müller** (Liberales) plädiert für eine rasche Entscheidung über die GAP, ohne auf neue Vorgaben durch den Green Deal zu warten. "Wir müssen innerhalb der GAP zu einer verlässlichen Entscheidung kommen", erklärte Müller, ansonsten drohen Verspätungen und Unsicherheiten für die Landwirte. **Martin Häusling** von den Grünen widersprach ihr. Nach Ansicht von Häusling greift der vorliegende Vorschlag zur GAP-Reform in der Klima- und Umweltpolitik viel zu kurz. Die beiden laufenden Debatten in der EU über den Green Deal und die GAP-Reform müssten deshalb unbedingt ineinandergreifen. "Wir verschwenden die Hälfte der EU-Haushaltsmittel und die Familienbetriebe bekommen am wenigsten und verschwinden", kritisierte Häusling und mahnte zudem eine Umverteilung der Agrarförderungen zugunsten von Kleinbetrieben an. \* \* \* \*

Gegen eine verpflichtende Obergrenze für die Direktzahlungen sprach sich im Ausschuss der tschechische Abgeordnete **Ivan David** (Identität und Demokratie) aus. Die Großbetriebe beteiligten sich in entscheidender Weise an der Bereitstellung von Nahrungsmitteln. In Tschechien läge die durchschnittliche Betriebsgröße bei 134 ha, weshalb die Großbetriebe nicht benachteiligt werden dürften, betonte David.

"Wir brauchen große und kleine Betriebe", versuchte die kroatische Landwirtschaftsministerin **Marija Vucovic** in der kontroversen Debatte zu vermitteln. Kleinbetriebe seien sehr wichtig für den Erhalt von lebendigen ländlichen Räumen, erklärte die amtierende EU-Ratspräsidentin. Da es in einigen EU-Mitgliedstaaten aber auch sehr große Betriebe gebe, lehne Kroatien eine verpflichtende Obergrenze für die Direktzahlungen ab. Was den Fahrplan der GAP-Reform angehe, werde die kroatische Ratspräsidentschaft zunächst einen Beschluss über die langfristigen EU-Finzen abwarten, bevor man im EU-Agrarrat eine gemeinsame Position über die GAP-Reform herbeiführen wolle. Da der Klimaschutz in der GAP bereits eine große Rolle spiele, werde der Green Deal, der erst in den Anfängen stecke, die Reformdebatte nicht aufhalten. In der "Farm to Fork"-Strategie sollten

von der EU-Kommission rasch konkrete Anforderungen formuliert werden. Da es vor allem um die Vermeidung von Abfällen, um die Verminderung des chemischen Pflanzenschutzes sowie um kürzere Tiertransporte gehe, werde die "Farm to Fork"-Strategie die GAP-Reform nicht verzögern, erklärte Vucovic. (Schluss) mö

## Schmiedtbauer: Brauchen starke EU-Forststrategie

### Nachhaltig bewirtschaftete Wälder gegen den Klimawandel

Brüssel, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - "Im Kampf gegen den Klimawandel gibt es keine größere Unterstützung als unsere nachhaltig bewirtschafteten Wälder. Wir brauchen daher eine starke EU-Forststrategie, die Klarheit schafft, uns Land- und Forstwirte als wichtigen Teil der Lösung für den Green Deal anerkennt und adäquat unterstützt. Wir können keine Kürzungen in der 2. Säule der EU-Agrarpolitik hinnehmen, aus der auch wir Waldbesitzer gefördert werden. Und wir brauchen öffentliche Gelder, um die immer fataleren Folgeschäden des Klimawandels in unseren Wäldern zu stemmen - zum Beispiel durch die Ausweitung des EU-Solidaritätsfonds", sagt **Simone Schmiedtbauer**, ÖVP-Agrarsprecherin und Co-Vorsitzende der Arbeitsgruppe für nachhaltige Forstwirtschaft im Europaparlament zur heutigen Ausschussdebatte über den Forderungskatalog des Parlaments für die EU-Forststrategie. \* \* \* \*

"Der Wald hat nicht nur eine immense Senkenwirkung für Treibhausgase - ein Kubikmeter Holz speichert eine Tonne CO<sub>2</sub> - er spielt auch eine wesentliche Rolle beim Ersatz erdölbasierter Produkte. Holz soll als Baustoff der Zukunft etabliert werden. Der Wald muss daher klima- und zukunftsfit gemacht werden. Was wir heute anpflanzen, ist der Zukunftswald von morgen", sagt Schmiedtbauer. "Um dorthin zu gelangen, müssen wir den aktuellen Druck auf die Land- und Forstwirtschaft durch Klimaextreme lindern. Denn Hitzewellen und Dürren einerseits sowie Überschwemmungen und Hochwasser andererseits führen zu niedrigeren Erträgen, weniger Futter für unsere Tiere sowie einem vermehrten Aufkommen von Schädlingen und Krankheiten. Im Wald ist hier der Borkenkäfer anzuführen, der in zahlreichen Mitgliedstaaten zu enormen Schadholzmengen führt."

"Für die EU-Forststrategie müssen wir zudem das Drei-Säulen-Prinzip der nachhaltigen Entwicklung außer Streit stellen. Das heißt, Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft müssen gleichwertig berücksichtigt werden", schließt Schmiedtbauer. (Schluss)

## Milchmarkt: GlobalDairyTrade-Index legt um 1,7% zu

### Notierungen für fast alle gehandelten Molkereiprodukte gestiegen

Auckland, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - An der neuseeländischen Handelsplattform GlobalDairyTrade legten gestern, bei der zweiten Auktion in diesem Jahr, die Preise der gehandelten Molkereiprodukte erneut zu. Mit Ausnahme von wasserfreiem Milchfett wurden in allen anderen Bereichen höhere Notierungen erzielt, wobei diese bei Butter am deutlichsten anstiegen. Der GDT-Gesamtindex, in dem eine Bandbreite von verschiedenen Milchprodukten und Kontrakt-Zeiträumen zusammengefasst ist, legte um 1,7% zu. Dieser Index ist ein wichtiger Indikator für die Preisentwicklung am Weltmilchmarkt. \* \* \* \*

Negativ entwickelte sich gestern nur der Index für wasserfreies Milhfett (Butteröl), er sank gegenüber der vorigen Auktion im Schnitt um 2,6% auf 4.821 USD/t. Dem gegenüber erhöhte sich die mittlere Notierung für Butter um 5,5% auf 4.250 USD/t. Cheddar-Käse verzeichnete mit 4.048 USD/t einen Index-Anstieg um 0,6% und Laktose ein Plus von 0,5% auf 806 USD/t. Deutlich höher bewertet wurde bei der jüngsten Auktion Kasein mit 9.375 USD/t (+4,7%).

Nach oben tendierten auch die Kurse für Milchpulver: Bei Magermilchpulver stieg der Index leicht um 0,7% auf 3.036 USD/t. Die Notierung für Vollmilchpulver - das Leitprodukt dieser Auktion - erhöhte sich um 2,4% auf 3.233 USD/t.

In Summe wurden beim jüngsten GDT-Event Molkereiprodukte im Umfang von 33.165 t verkauft, damit blieb die Menge gegenüber der vorhergehenden Auktion annähernd gleich (33.050 t). Die Zahl der teilnehmenden Bieter stieg leicht von 188 auf 191.

### **Stabile Nachfrage und nicht drängendes Angebot stützen Kurse**

Die Analysten führen den erneuten Anstieg des GDT-Index vor allem auf das witterungsbedingt begrenzte Milchangebot in Ozeanien und auf die stabile Nachfrage - vor allem in Asien und im Mittleren Osten - zurück. Die Trockenheit in Neuseeland und in Australien werde in dieser Saison ein Produktionswachstum gegenüber dem Vorjahr verhindern, betonen Agrarexperten der neuseeländischen ASB-Bank. In Europa werde zwar in den kommenden Monaten die Milchanlieferung - dem saisonalen Verlauf folgend - ansteigen, die zunehmende Erzeugung treffe jedoch auf einen stabilen Verbrauch. Die nächste GDT-Auktion findet am 4. Februar 2020 statt. (Schluss) kam

## **Schweinepest: Drei neue Fälle in Westpolen nahe der Grenze zu Deutschland**

### **EU-Minister beraten Vorsorge- und Bekämpfungsmaßnahmen**

Berlin/Warschau, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - Gestern Abend informierte das Bundeslandwirtschaftsministerium in Berlin über drei neue Fälle von Afrikanischer Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen nahe der deutsch-polnischen Grenze in der Woiwodschaft Lebus. Der Fundort mit dem geringsten Abstand ist nur noch 12 km von Sachsen entfernt. "Das ASP-Virus ist erneut näher an unser Land herangerückt. Das heißt für alle Beteiligten, alles dafür zu tun, dass die Tierseuche nicht in unser Land eindringt", mahnt die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) zu erhöhter Wachsamkeit und fordert die Einrichtung von Wildtierseuchen-Vorsorge-Gesellschaften in den Bundesländern. \* \* \* \*

Den Angaben zufolge wurde ein mit ASP infiziertes Wildschwein 12 km von der deutschen Grenze entfernt, im Kreis Łęka, gefunden. Zwei weitere Fälle wurden nahe der Stadt Lubsko und in Zary gemeldet, die im Kreis Łęka liegen. Die Fundorte sind 24 beziehungsweise 21 km von Brandenburg entfernt. Der Verdacht auf ASP bei den drei aufgefundenen Wildschweinen bestand seit dem 13. Jänner. Bestätigt wurde er am 19. Jänner durch die Testergebnisse des National Veterinary Research Institute.

## **ASP-Vorsorge muss über Grenzen hinweg erfolgen**

Das Thema Afrikanische Schweinepest stand Ende der vergangenen Woche auch in mehreren Sitzungen am Rande der Grünen Woche in Berlin ganz oben auf der Agenda. Dabei wurde insbesondere die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kommunikation und Zusammenarbeit mit Blick auf die ASP-Vorbeugung und die Bekämpfung betont. Am Freitag wurden bei einer "High-Level-Ministerkonferenz" der EU-Kommission die Auswirkungen der ASP auf die globale Schweineproduktion und den internationalen Handel beraten. Am Tag zuvor befasste sich auch die deutsche Agrarministerkonferenz mit Vorgehensmaßnahmen bei einem möglichen ASP-Krisenfall.

Im Rahmen der EU-Konferenz sprach sich Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit aller Akteure aus, die sowohl für erfolgreiche Vorsorgemaßnahmen als auch für den Ausbruchsfall der Tierseuche entscheidend sei. Im Hinblick auf Handelsrestriktionen wurde außerdem betont, dass Partnerländer im Einklang mit dem Kodex der Internationalen Tiergesundheits-Organisation das Prinzip der Regionalisierung anerkennen sollten. In diesem Fall wäre der Fleischexport aus einem Staat, in dem ASP festgestellt wurde, zumindest in Teilen auch weiter möglich. Damit könnten die negativen Auswirkungen eines ASP-Ausbruchs auf den internationalen Handel begrenzt werden.

## **Deutsch-polnisches Treffen**

Am Rande der Grünen Woche in Berlin hat Klöckner mit ihrem polnischen Amtskollegen Jan Krzysztof Ardanowski ein Gespräch über die aktuelle APS-Situation geführt. Die Minister vereinbarten vier konkrete Punkte, die dazu beitragen sollen, die Tierseuche auf polnischer Seite einzudämmen und ein Überspringen auf Deutschland zu verhindern.

Erstens soll ein gemeinsamer Maßnahmenkatalog zur Stärkung der bisherigen Anstrengungen erarbeitet werden. Im Gespräch ist unter anderem die Einrichtung eines eingezäunten Korridors entlang der Grenze, um ein Einwandern infizierter Wildschweine nach Deutschland zu verhindern. Zweitens wird geprüft, wie das deutsche Technische Hilfswerk bei der Errichtung von Schutzzäunen auf polnischer Seite behilflich sein kann. Drittens soll die Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Forschung intensiviert werden, und viertens strebt man gemeinsam eine drastische Verringerung der Wildschweindichte als Präventionsmaßnahme an.

## **Ministerium erweitert Schweinepest-Verordnung**

Zur Vorbereitung auf einen möglichen Ernstfall werden in Deutschland zusätzliche Maßnahmen ergriffen: Das Bundesministerium erweitert derzeit die Schweinepest-Verordnung, um den zuständigen Behörden in den Ländern im Ausbruchsfall zu ermöglichen, flexible Zäune oder andere Wildtierbarrieren aufzustellen. Damit können Wanderbewegungen von Wildschweinen wirksam eingeschränkt werden - das zeigen Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern. Die Verordnungsänderung wird laut Klöckner in Kürze dem Bundesrat zur Beschlussfassung zugeleitet.

"Der behördliche Austausch und die Abstimmung über Präventionsmaßnahmen sowie die Vorgehensweise im ASP-Krisenfall sind essenziell und somit extrem wichtig. Nur so können ASP-Krisenmaßnahmen im Ernstfall schnell und effektiv ablaufen", stellt die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands zu diesen Maßnahmen fest. (Schluss) kam

## Mößler: Heimisches Holz ist mehr wert, als derzeit dafür bezahlt wird

Waldbauerntage über schlechte Marktpreise und Bewirtschaftung in Zeiten des Klimawandels

Klagenfurt, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - Der Rohstoff Holz boomt - die Industrie schreibt satte Gewinne. Leider kommt bei den Waldbauern davon nichts an. Schlechte Marktpreise setzen der Forstwirtschaft ebenso zu wie Unwetterkatastrophen und der Borkenkäfer. Gefährden Klimawandel und Marktpreise die nachhaltige Waldbewirtschaftung? Antworten darauf gibt die Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten im Rahmen ihrer bis 5. Februar laufenden Bezirkswaldbauerntage, die unter dem Motto "Viel Licht und viel Schatten" stehen. \* \* \* \*

"Es ist zwar erfreulich, dass die Holzindustrie angesichts der guten Konjunktur in neue Verarbeitungskapazitäten investiert und damit der Absatzmarkt für heimisches Holz wächst. Aber wenn der gesamte Gewinn bei der Sägeindustrie bleibt und bei den Waldbauern nichts ankommt, ist das völlig inakzeptabel", erklärt LK-Präsident **Johann Mößler**. Denn Kärntens Waldbauern sehen sich mit Preisen konfrontiert, die um ein Viertel unter jenen von 2014 liegen: "Und das in Zeiten, in denen die sieben größten Rundholz verarbeitenden Betriebe Österreichs zusammen 250 Mio. Euro Gewinn machen."

Der LK-Präsident wünscht sich mehr Fairness innerhalb einer über viele Jahre guten und vertrauensvollen Partnerschaft zwischen Forstwirtschaft und Sägeindustrie. "Heimisches Holz ist mehr wert, als derzeit gezahlt wird. Viele Waldbauern wurden in den letzten Jahren durch Sturmschäden, Schneebruch, Borkenkäfer etc. schwerstens getroffen und stehen mit dem Rücken zur Wand", warnt Mößler und verweist in diesem Zusammenhang auf die gefährliche und arbeitsintensive Waldbewirtschaftung durch die Bauern. Diese mache den Rohstoff Holz schließlich erst für die Industrie nutzbar. "Die Waldbewirtschaftung muss sich lohnen. Wer wird sich auf Dauer die Arbeit antun und sich der Gefahr aussetzen, wenn finanziell nichts übrig bleibt?", so der Präsident und resümiert: "Eine gute Waldbewirtschaftung liegt im Interesse der Holzbranche, aber auch der gesamten Gesellschaft. Es wäre daher nur recht und billig, dass jene, die hart arbeiten, um das Holz aus den Wäldern zu bekommen, auch einen entsprechenden Preis dafür erhalten."

Im Rahmen der derzeit stattfindenden Waldbauerntage werden neben der durch die Marktmacht der Sägeindustrie dominierten Preissituation auch die Waldbewirtschaftung im Zeichen des Klimawandels, die Waldinventur und die Neukonstituierung der Jagdverwaltungsbeiräte behandelt. Auch die verschiedenen Funktionen des Waldes - Klimaschutz, Schutz vor Lawinen und Muren, Erholungsraum etc. - werden angesprochen. Ausstehende Termine der Kärntner Waldbauerntage sind auf [aiz.info](http://aiz.info) zu finden. (Schluss)

## TU München: Passgenaues Düngen durch Sensoren und Algorithmen

Wissenschaftler entwickelten webbasiertes Managementsystem

München, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - Forscher der Technischen Universität München (TUM) haben am Wissenschaftszentrum Weihenstephan anhand von Algorithmen und Sensoren ein leistungsfähiges Tool zur zielgerichteten Düngung entwickelt. Ein spezieller multispektraler Sensor, der am Traktor angebracht werden kann, misst das Licht, das von Pflanzenbeständen reflektiert wird und errechnet daraus den Versorgungsstatus der Pflanzen mit Stickstoff. Das System berücksichtigt darüber hinaus das Wachstumsstadium, die Bodengüte und die angestrebte Produktqualität, um dann die optimale Düngermenge zu berechnen. Damit werden in einem Arbeitsgang der Stickstoffgehalt der Pflanze bestimmt und die richtige Düngermenge in Echtzeit ermittelt.

**Kurt-Jürgen Hülsbergen**, Inhaber des Lehrstuhls für biologischen Landbau und Pflanzenbausysteme, ist sich sicher: "Der Düngebedarf von Kulturpflanzen wird zunehmend mit sensorgestützten Systemen und Düngealgorithmen ermittelt." \* \* \* \*

Hülsbergen hat mit seinem Team in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein digitales Nährstoff-Managementsystem auf Basis von Langzeit-Feldexperimenten aufgebaut. Damit werden die Stoff- und Energieflüsse landwirtschaftlicher Betriebe analysiert, bewertet und optimiert. Wissenschaftler Franz-Xaver Maidl hat darauf aufbauend ein sensorgestütztes System und Algorithmen zur teilflächenspezifischen Stickstoffdüngung entwickelt.

Das modular aufgebaute, webbasierte Managementsystem wird nun in der oberbayerischen Modellregion Burghausen/Burgkirchen ab dem Frühjahr 2020 in einem dreijährigen Forschungsprojekt umfassend erprobt. Damit können Landwirte nicht nur den Nährstoff- und Düngebedarf ihrer Pflanzen genau ermitteln, sondern auch die Düngerverteilung in der Fruchtfolge optimieren. Das System kann gleichermaßen im biologischen und konventionellen Landbau eingesetzt werden. Ziel ist es, die Stickstoffeffizienz zu steigern und umweltrelevante Emissionen zu vermindern. (Schluss)

## RWA und AgrarCommander gehen Innovationspartnerschaft ein

Erfolgskurs des Farm-Management-Programms gemeinsam vorantreiben

Wien/Hatzenbach, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - Die AgrarCommander GesmbH und die RWA Raiffeisen Ware Austria AG sind eine Innovationspartnerschaft eingegangen. Die künftig enge Zusammenarbeit der beiden Unternehmen verfolgt das Ziel, die Entwicklung und den Vertrieb der 2014 in Österreich auf den Markt gebrachten und mittlerweile erfolgreich verankerten Farm-Management-Software "AgrarCommander" weiter voranzutreiben. \* \* \* \*

"Landwirtschaft 4.0 und damit die Digitalisierung sind in Österreich längst angekommen. Im Sinne von Flächenproduktivität, schonendem Ressourceneinsatz, Nachvollziehbarkeit und einer modernen Arbeitskonzeption gehört innovativen Farm-Management-Systemen die Zukunft. Aus diesem Grund freue ich mich sehr, dass RWA und AgrarCommander künftig an einem Strang ziehen. Davon

profitieren nicht nur unsere Unternehmen, sondern vor allem auch die österreichischen Landwirte", erklärt RWA-Vorstandsmitglied **Christoph Metzker**.

"In den vergangenen fünf Jahren haben wir den 'AgrarCommander' mit viel Herzblut und Energie zu einer der führenden österreichischen Pflanzenbau-Softwares entwickelt. Nun ist es an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen. Als Geschäftsführer freue ich mich, mit meinem Know-how und nun einem starken Partner im Hintergrund die erfolgreiche und zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Produktes vorantreiben zu können. Dabei setzen wir auf Innovation ebenso wie auf Sicherheit und Kontinuität, um die österreichischen Landwirte weiterhin optimal bei ihren Aufgaben und Herausforderungen zu unterstützen", so AgrarCommander-Geschäftsführer **Erich Tanzer**.

### **Erfolgsprogramm für die Landwirtschaft**

Der "AgrarCommander" war bei seiner Einführung in Österreich 2014 das erste webbasierte, professionelle Betriebsführungsprogramm für Landwirte sowie agrarische Unternehmen und hat sich seitdem zu einem der erfolgreichsten digitalen Betriebsführungsprogramme entwickelt. Die Software unterstützt konventionelle und biologische Landwirte im pflanzenbaulichen Anbau sowie bei den entsprechenden Aufzeichnungs- und Antragsstellungsaufgaben, es passt sich an die Bedürfnisse der Benutzer an und kann auch überbetrieblich eingesetzt werden. Das flexible System ist auch in externe Softwareprodukte integrierbar und wurde von der RWA bereits in der Vergangenheit für den Aufbau eines Düngerplaners genutzt. (Schluss)

## **Russland: Patruschew bleibt Landwirtschaftsminister**

### **Vizepremier Gordejew nicht mehr im neuen Regierungsteam**

Moskau, 22. Jänner 2020 (aiz.info). - Dmitrij Patruschew bekleidet das Amt des Landwirtschaftsministers auch in der jetzt umgebildeten russischen Regierung, deren Zusammensetzung unter dem neuen Vorsitzenden, Michail Mischustin, am Dienstag bekannt gegeben worden ist. Der 42-jährige frühere Vorstandsvorsitzende der staatlichen Landwirtschaftsbank (Rosselkhozbank) hat seit Mai 2018 das Agrarressort als Mitglied der vorherigen Regierung von Dmitrij Medwedew geleitet. Nicht mehr in der Regierung ist dagegen Alexej Gordejew, der bislang als Vizepremier unter anderem die Agrar- und Ernährungswirtschaft kuriert hatte. (Schluss) pom